



Landesverteidigungsakademie
Wien

MALI NACH DER OPERATION SERVAL

Gerald Hainzl

Am 11. Jänner 2013 startete Frankreich auf Ersuchen der malischen Regierung eine militärische Intervention, um den Vormarsch von Rebellen und islamistischen Gruppen aus dem Norden des Landes zu stoppen. Genau einen Monat später erklärte der französische Präsident François Hollande am 11. Februar die Islamisten für besiegt. Bereits nach sechs Monaten (29. Juli 2013) fanden Präsidentschaftswahlen statt, die zur Stabilität des Landes beitragen sollen. Die Einigung der Regierung mit der MNLA (Mouvement National pour la Libération d'Azawad) im Vorfeld der Wahlen lässt zumindest die Hoffnung aufkommen, dass danach über ein staatliches System diskutiert werden kann, in dem sich alle gesellschaftlichen Kräfte repräsentiert fühlen könnten. Trotz positiver Vorzeichen könnten islamistische Gruppen auch in den nächsten Monaten Anschläge und Selbstmordattentate durchführen sowie durch Entführungen von Ausländern Druck auf die internationale Gemeinschaft ausüben.

Friedensabkommen

Am 18. Juni 2013 unterzeichneten die malische Regierung sowie die MNLA und der Haut conseil pour l'unité de l'Azawad (HCUA - Hoher Rat für die Einheit von Azawad) ein Abkommen, um einerseits freie und faire Wahlen zu garantieren und andererseits langfristig eine friedliche Entwicklung in Mali sicherzustellen. Mit Unterzeichnung des Abkommens trat ein sofortiger Waffenstillstand in Kraft und die malischen Streitkräfte konnten die Kontrolle über die Stadt Kidal in Nordmali übernehmen, die bis zu diesem Zeitpunkt von der MNLA kontrolliert worden war. Mit diesem Schritt gelang es der MNLA, sich wieder aus der islamistischen Ecke zu

lösen, in die sie durch ihre Allianz mit der Al-Qaeda im Maghreb (AQIM) geraten war, und sie positionierte sich für die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen als politischer Ansprechpartner im Norden. Alle Gruppierungen, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben, könnten aber weiterhin eine destruktive Haltung einnehmen. In der Vergangenheit haben allerdings ähnliche Abkommen immer nur zu einer vorübergehenden Stabilität geführt. Nicht erfüllte Erwartungen der Bevölkerung im Norden haben häufig wieder in neue Konfrontationen gemündet.

Präsidentschaftswahlen

Die Präsidentschaftswahlen am 29. Juli

IFK Monitor
August 2013

2013 sind weitestgehend friedlich verlaufen. Sowohl die malische Regierung als auch Frankreich äußerten sich sehr positiv und sprachen von einem großen Erfolg. Der Leiter der EU-Wahlbeobachtermission hält den Wahlprozess für akzeptabel, allerdings waren in den nördlichen Provinzen Kidal, Gao und Timbuktu keine EU-Wahlbeobachter eingesetzt. Die malische Nicht-Regierungsorganisation Appui au Processus Electoral au Mali (APEM) kritisierte zwar einige Unregelmäßigkeiten (Wahlberechtigte schienen nicht oder unter falschem Namen im Wahlregister auf, die Verteilung der Registrierkarten war problematisch), sieht den Ablauf der Wahl aber grundsätzlich positiv. Die Präsenz der UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA) soll laut APEM einen entscheidenden Beitrag zum friedlichen Ablauf geleistet haben. So gab es im Vorfeld zwar Drohungen einzelner Gruppen, die aber am Wahltag nicht umgesetzt wurden bzw. umgesetzt werden konnten.

Militante Gruppen

Die islamistischen Gruppen sind nach wie vor präsent, wurden aber durch die Opération Serval zurückgedrängt und geschwächt. AQIM verlor sowohl Kämpfer als auch Teile ihrer Führungsriege und musste sich in die Berge im Norden und den Nachbarstaaten zurückziehen. Auch die anderen Gruppen sind derzeit offensichtlich nicht in der Lage, den nationalen Sicherheitskräften und der internationalen Präsenz etwas entgegenzusetzen. Die Gefahr von (Selbstmord-)Anschlägen sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Terroristische Gruppierungen könnten dabei die Bevölkerung jahrelang verunsichern und einen gesellschaftlichen Aussöhnungsprozess schwierig machen.

Die Lage in Mali kann nur dann politisch und wirtschaftlich entscheidend und nachhaltig verbessert werden, wenn die Interessenslagen und Zielsetzungen der

verschiedenen Gruppen miteinbezogen werden. Dazu sollte grundsätzlich zwischen den Vorstellungen und Erwartungen von drei idealtypischen Gruppierungen unterschieden werden: (1) Gruppen mit einer politischen Zielsetzung; (2) Gruppen mit vorwiegend ökonomischen Interessen im Schmuggel; sowie (3) Gruppen mit einer islamistischen Ideologie. Obwohl die Grenzen zwischen den einzelnen Kategorien teilweise verschwimmen, können sie der malischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft als Grundlage ihrer Politik dienen.

Soziale Probleme

Die sozialen Probleme in Mali haben sich in den letzten Monaten indes wenig verändert und bleiben vor allem im Norden die vermutlich größte Herausforderung für die Regierung, aber auch für die internationale Gemeinschaft. Eine ausbleibende Verbesserung der Situation für weite Teile der Bevölkerung kann durchaus wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen und den Zulauf zu militanten Gruppen fördern. Eine prekäre Versorgungslage könnte das rasch verstärken. Humanitäre Organisationen wie UNICEF warnen bereits vor einer weiteren Hungersnot in Nordmali. Die Region um die Stadt Gao soll besonders gefährdet sein.

Internationales Krisenmanagement

Seit Beginn der französischen Intervention (Opération Serval) am 11. Jänner 2013 hat sich das internationale Krisenmanagement in Mali gewandelt. Frankreich hat Anfang April 2013 mit dem Abzug aus Mali begonnen und möchte seine Truppen bis Jahresende kontinuierlich von ca. 4.000 Soldaten auf ungefähr 1.000 reduzieren. Die African-led International Support Mission to Mali (AFISMA) hatte mit afrikanischen Truppen und internationaler logistischer Hilfe die französische Intervention unterstützt. Teile von AFISMA wurden in MINUSMA übergeführt. Die Ausbildungsmission der EU (EUTM Mali) für die malischen

Streitkräfte komplettiert die Maßnahmen aus der Werkzeugkiste des internationalen Krisenmanagements.

MINUSMA

Am 25. April 2013 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 2100 (2013) und schuf damit MINUSMA. Die Mission hat am 1. Juli 2013 die Aufgaben von AFISMA übernommen. Damit scheint der Weg des internationalen Krisenmanagements in Mali für die nächsten Jahre vorgezeichnet zu sein. Insgesamt bis zu 12.640 Uniformierte (11.200 Soldaten und 1.440 Polizisten) sind für diesen Einsatz vorgesehen, das Budget wird mit 366,77 Mio. US-Dollar für die Periode von 1. Juli bis 31. Dezember 2013 beziffert. Das Mandat von MINUSMA umfasst

- die Unterstützung der malischen Behörden bei der Stabilisierung von wichtigen Bevölkerungszentren und die Wiederherstellung der staatlichen Autorität im gesamten Land,
- die Unterstützung politischer Prozesse sowie der Wahlen,
- den Schutz von Zivilisten und Personal der UNO und
- die Unterstützung bei Förderung und Schutz von Menschenrechten und humanitärer Hilfe
- sowie bei nationaler und internationaler Rechtsprechung.

EUTM Mali

Die EU verfolgt in Übereinstimmung mit der EU Strategie für Entwicklung und Sicherheit im Sahel mit der EUTM Mali grundsätzlich das Ziel, die malischen Streitkräfte zu stärken und an internationale Standards heranzuführen. EUTM Mali bildet in den Bereichen Führung, Logistik und Personalwesen sowie internationales humanitäres Recht, Schutz von Zivilpersonen und Menschenrechten aus. An Kampfeinsätzen wird sich EUTM Mali nicht beteiligen. Die Mission wurde für eine erste Phase von 15 Monaten mandatiert und kann

bei Bedarf verlängert werden. Ungefähr 200 europäische Soldaten werden als Ausbilder eingesetzt. Zusätzlich wird Personal für Unterstützungselemente sowie zum Schutz der Mission entsandt. Insgesamt werden ca. 500 Personen ihren Dienst im Rahmen von EUTM Mali versehen. Die Kosten für die Dauer des Mandates werden auf 12,3 Mio. Euro geschätzt. 22 EU-Staaten (darunter derzeit auch neun Österreicher) beteiligen sich an dieser Mission.

Ableitungen und Empfehlungen

- Die Präsenz von MINUSMA hat nach Angaben malischer NGOs wesentlich zum Erfolg des Wahlprozesses beigetragen. Trotz fortgesetzter Anschläge und Bedrohungen konnte die Mission plangemäß gestartet werden, da eine Verzögerung ein Sicherheitsvakuum hinterlassen und terroristischen Kräften ein Wiedererstarken ermöglicht hätte.
- Die Abhaltung von Wahlen erscheint im Kontext der Ereignisse verfrüht. Zudem wurden durch die Festlegung auf einen Wahltermin ernsthafte Verhandlungen konterkariert. Allerdings steht nach den Wahlen ein demokratisch legitimes Staatsoberhaupt an der Spitze Malis. Darauf kann sich der künftige Präsident berufen, falls im Verhandlungsprozess unpopuläre Entscheidungen zu treffen sind.
- Verhandlungen über die künftige Organisation des Zusammenlebens der verschiedenen Akteure sollten in Mali stattfinden, damit malische Journalisten darüber berichten können und die Bevölkerung Anteil daran nehmen kann. Ein Wechsel zwischen der Hauptstadt Bamako und anderen großen Städten könnte nicht nur die Visibilität des Prozesses erhöhen, sondern zudem als innermalische vertrauensbildende Maßnahme dienen.
- Ein innermalischer Diskurs könnte

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:
Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a
1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Copyright:
© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Redakteur:
Gerald Hainzl

Erscheinungsjahr:
2013

ähnlich wie in Somalia zu einer Roadmap führen, an deren Ende der institutionelle Rahmen eines politischen Systems (Verfassung) steht, der für alle Gruppen annehmbar ist. Ein Übergangsparlament, in welchem alle maßgeblichen Akteure vertreten sind, könnte die Verfassung in Kraft setzen. Daran anschließend könnten auf dieser Basis sowohl ein neuer Präsident als auch ein neues Parlament gewählt werden. Ein nachhaltiger Ansatz bedarf in jedem Fall einer angemessenen Zeitspanne. Daher sollten Verhandlungen nicht unter übermäßigem Zeitdruck stattfinden. Nichtsdestotrotz kann die internationale Gemeinschaft einen Zeitrahmen vorgeben, innerhalb dessen sie bereit ist, die Versöhnungsprozesse zu unterstützen. Ein Zieldatum für den Abschluss dieses Prozesses könnte zwischen 2015 und 2020 liegen, je nachdem, welche externen Störvariablen mit zu berücksichtigen sind.

- Eine Form von Autonomie in den Tuareg-Gebieten könnte sehr viel Druck von beiden Seiten nehmen und die Tuareg mehr an den Gesamtstaat binden als dies durch zentralistische Modelle der Fall wäre. Die Gestaltung staatlicher Strukturen und Institutionen muss nicht notwendigerweise dem französischen Modell folgen, sondern könnte auch andere Staaten zum Vorbild nehmen.
- Die Einbindung der Zivilgesellschaft ist von zentraler Bedeutung. Gelebte Tradition und Prinzipien wie Schande, Prestige und Ehre würden auch in einer von Tuareg verwalteten autonomen Region für genügend gesellschaftlichen Druck sorgen, um möglicherweise den Teufelskreis wiederholter bewaffneter Rebellionen zu durchbrechen. Besonders Frauen könnten eine wichtige Rolle einnehmen, indem ihnen Foren für die Kritik an der Politik geboten werden.
- Eine Lösung kann nur unter Ein-

beziehung der gesamten Region und besonders der Nachbarstaaten gelingen. Ein Rückzug terroristischer Kräfte sowie die Verlagerung von Schmuggelaktivitäten in die umliegenden Staaten würde die Probleme lediglich exportieren. Daher sollte eine internationale „Sahel-Sahara-Lösung“ gleichermaßen Priorität haben. Aus diesem Grund sollte eine Regionalorganisation die Führung der internationalen Bestrebungen übernehmen.

- Aufgrund der regionalen Vernetzung der Herausforderungen erscheint die Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten (CEN-SAD) mehr dazu geeignet als die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS). Da in CEN-SAD auch Staaten wie Mauretanien, Libyen und Tschad vertreten sind, könnten die regionalen Herausforderungen in die Transformation in Mali miteinbezogen werden.
- Von allen betroffenen Staaten ist lediglich Algerien nicht Mitglied von CEN-SAD. Da Algerien eine Schlüsselrolle sowohl in Bezug auf Mali als auch auf die Region zukommt, sollte das Land von Beginn an in sämtliche Prozesse eingebunden werden.
- Es sollten nur wenige akkordierte internationale Verhandler auftreten, um den Konfliktparteien genügend Raum und Zeit zu geben, ihre jeweiligen Positionen zu debattieren.
- Neben politischen Fragestellungen sollte auch die Rolle Malis als Transitland in den Bereichen Organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschhandel thematisiert werden.
- MINUSMA und EUTM Mali sollten unterstützt, fortgesetzt und allenfalls ausgebaut werden.